

Unverkäufliche Leseprobe



**Volker Ullrich**  
**Die Revolution von 1918/19**

127 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-56254-9

# I. Die Vorgeschichte der Revolution

## 1. Die Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft im Ersten Weltkrieg

Am 9. November 1918, dem Tag, als die Revolution die Reichshauptstadt Berlin erreichte, notierte Thomas Mann in sein Tagebuch: «Alles in Allem habe ich ziemlich kaltes und nicht weiter unwilliges Blut. Revolutionen kommen erst, wenn sie gar keinen Widerstand mehr finden (auch bei dieser war es so) und eben dieses Fehlen beweist, daß sie natürlich und berechtigt sind. Die alten Machthaber sind im Grunde froh, ihre Macht, die keine mehr war, los zu sein, und es ist zuzugeben, daß ihre Autorität der Lage, wie sie ist und demnächst sein wird, nicht gewachsen gewesen wäre. Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und einer gewissen Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohlthätig.»

So entspannt wie der in München lebende Schriftsteller reagierten nur die wenigsten Zeitgenossen auf die umwälzenden Ereignisse der ersten Novembertage 1918. Im Gegenteil: Für die meisten brach damals eine Welt zusammen, so auch für den Schriftsteller Gerhart Hauptmann: «Das Ungeheure ist zur Tatsache geworden», schrieb er ebenfalls am 9. November. «Die Bahn Wilhelms II., dieses eitlen, überheblichen, fleißigen Monarchen ist beendet.» Und Harry Graf Kessler, der Kunstmäzen und Diplomat, bemerkte: «Mir griff es doch an die Gurgel, dieses Ende des Hohenzollernhauses; so kläglich, so nebensächlich: nicht einmal Mittelpunkt der Ereignisse.» Den 9. November nannte er einen «der denkwürdigsten, furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte».

So plötzlich, wie viele meinten, war die Revolution jedoch keineswegs ausgebrochen, und es hatte auch mehr als nur eines Anlaufs bedurft, um die scheinbar so festgefügte Bastion der

Hohenzollernherrschaft zu schleifen. Die Umwälzung vom November 1918 war nicht nur eine unmittelbare Folge der militärischen Niederlage und der dadurch ausgelösten Schockreaktion in der deutschen Bevölkerung; vielmehr war sie seit Langem in einem Prozess kumulativer Radikalisierung im Schoße der wilhelminischen Gesellschaft herangereift. Unter der Hülle des «Burgfriedens» hatten sich seit August 1914 die gesellschaftlichen Spannungen außerordentlich verschärft. Hauptursache waren die schweren Belastungen, die der Krieg der großen Mehrheit der Bevölkerung aufbürdete. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte und Beamte mussten eine bedeutende Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen. Die Einkommen konnten mit der raschen Verteuerung aller lebensnotwendigen Güter, vor allem der Nahrungsmittel, nicht Schritt halten. Die Reallöhne sanken im Schnitt weit unter Vorkriegsniveau. Gleichzeitig wurden Arbeitszeiten verlängert und – besonders in den Rüstungsbetrieben – Schutzbestimmungen außer Kraft gesetzt. Die Erbitterung darüber entlud sich seit 1916 in einer wachsenden Zahl «wilder» Streiks – «wild» deshalb, weil die Gewerkschaftsleitungen seit Kriegsbeginn auf alle Arbeitsniederlegungen verzichtet hatten und die Streikenden von dieser Seite weder mit moralischer noch finanzieller Unterstützung rechnen konnten.

Neben der Verteuerung bildete die zunehmende Knappheit der Lebensmittel eine Quelle ständiger Unzufriedenheit. Vor dem Krieg hatte das Deutsche Reich 20 Prozent seiner Lebensmittel importiert; die alliierte Wirtschaftsblockade schränkte die Zufuhren stark ein. Verschärft wurde die Mangelsituation allerdings durch die Unfähigkeit der Behörden, eine halbwegs gerechte Verteilung sicherzustellen. Unter den anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten hatten vor allem Frauen der unteren Bevölkerungsschichten zu leiden. Seit Ende 1915/Anfang 1916 gehörten Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften zum Alltagsbild vieler Großstädte. «Es herrscht hierbei eine äußerst gereizte Stimmung unter diesen Proletarierfrauen, und die Maßnahmen der Regierung erfahren häufig eine recht gehässige Kritik», beobachtete ein Berliner Polizist Ende September 1915.

Nicht selten wurden «Lebensmittelpolonaisen» zum Ausgangspunkt von Hungerrevolten: Frauen und Jugendliche demonstrierten für «Frieden und Brot», stürmten Rathäuser und plünderten Geschäfte. Gegen solche Proteste gingen Polizeibeamte oft mit übertriebener Härte vor, was wiederum den Zorn der hungernden Menschen steigerte. Über den ersten großen Hungerkrawall auf dem Münchner Marienplatz im Juni 1916 schrieb ein Augenzeuge, der Anarchist Erich Mühsam, in sein Tagebuch: «Die Polizisten hatten blank gezogen und ritten jetzt, nach allen Seiten schlagend, über den Platz. Man hörte Schreie von Verwundeten, namenlose Wutäußerungen: Pfui! Sauhunde! Preußenknechte! Helden! Auf Weiber und Kinder habt ihr Mut! Pfui! Pfui!»

Die ersten Äußerungen der Unzufriedenheit und des Aufbegehrens waren noch bestimmt durch ökonomische Beschwerden, mochte dahinter auch bereits das Verlangen nach Frieden als Grundmotiv erkennbar sein. Mit zunehmender Dauer des Krieges verbanden sich Missstimmung über die materielle Not und Kriegsmüdigkeit mit Ressentiments gegen die Privilegierten und Herrschenden, mit sozialer Kritik und politischem Protest. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der immer schlimmere Auswüchse annehmende «Schleichhandel». Kolonnen von Großstädtern durchkämmten an Wochenenden die ländlichen Gebiete, um die schmalen Rationen, die über Karten zu bekommen waren, aufzubessern. Große Erbitterung löste es jedes Mal aus, wenn Polizeibeamte den kleinen «Hamsterern» die mühsam erworbenen Lebensmittel abnahmen, während die Großspekulanten und erwerbsmäßigen Schieber ungeschoren davonkamen. Der größte Teil der auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waren landete in den Vorratskellern der Vermögenden. So hatte der «Schleichhandel» eine die Klassengegensätze zugleich enthüllende und verschärfende Funktion. «Alles wird für die Reichen, für die Besitzenden reserviert. Sobald es heißt, Entbehrungen mitmachen zu müssen, dann wollen die Herrschaften keine Brüder und Schwestern mehr von der arbeitenden Klasse sein. Die schönen Reden vom Durchhalten gelten nur für die arbeitende Klasse, die herrschende Klasse hat sich mit ihrem

Geldsack schon genügend versorgt», empörte sich eine Hamburger Arbeiterin im Winter 1916/17, der als «Steckrübenwinter» in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Noch zermürbender als Hunger und Mangel in der «Heimat» wirkte die Erfahrung des massenhaften Sterbens an den Fronten. Von der Begeisterung der Augusttage 1914 war gerade hier bald nichts mehr zu spüren. An die Stelle des idealistisch gestimmten Kriegsfreiwilligen trat der desillusionierte, harte Frontkämpfer, für den das Töten zur mechanischen Pflichterfüllung wurde. Alltag im Schützengraben – das hieß ein Maulwurfsleben in Unterständen, manchmal bis zu zehn Metern unter der Erde, mit Dreck, Gestank und Ungeziefer, das hieß das nervenzehrende Warten auf den nächsten Angriff, inmitten einer von Laufgräben und Stacheldrahtverhauen durchzogenen Schlachtlandschaft, wo verstümmelte und faulende Leichenteile herumlagen, wieder und wieder umgepflügt vom oft stundenlangen Trommelfeuer. «Ihr könnt Euch keine Vorstellung von diesem Schrecken machen», schrieb ein Infanterist im Juni 1916 über das Gemetzel bei Verdun. Abstumpfung, Verrohung, Hass auf die militärischen Vorgesetzten und Verachtung für die «Etappenhengste» prägten den Umgangston in dieser Zwangsgemeinschaft des Schützengrabens.

Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht unter Zivilisten und Soldaten verstärkten sich wechselseitig. Urlauber trugen die Missstimmung über die Zustände in der Armee in die «Heimat» und kehrten, über die Not ihrer Familien erst recht erbittert, an die Front zurück. In ihren Erzählungen mischten sich eigene Beobachtungen mit Gerüchten über die ausschweifenden Vergnügungen der Kriegsgewinnler und die Prassereien der Offiziere in der Etappe. Solche Gerüchte fanden bereitwillige Aufnahme, weil sie an die vielfältigen Erfahrungen der Ungleichheit in der Klassengesellschaft anknüpften. So verband sich Kriegsgegnerschaft auch im Heer mit Gesellschaftskritik. Weit verbreitet sei hier die Ansicht, meldete eine mit der Kontrolle der Feldpostbriefe befasste Überwachungsstelle im August 1917, «der Krieg werde nur noch im Interesse unserer Großkapitalisten fortgesetzt». «Gleiche Löhnung, gleiches Fressen, wär' der Krieg

schon längst vergessen!», lautete ein häufig kolportierter Spruch unter den Mannschaften.

Einen starken Auftrieb erhielt der Antikriegsprotest durch den Beginn der Russischen Revolution im Frühjahr 1917. «Als ich vorige Woche bei einem Telegramm stehen blieb und die Revolution in Petersburg las», schrieb eine Münchnerin im März 1917, «hörte ich hinter mir sagen, schade, daß es nicht in Berlin ist. Ich schaute um, und es waren Feldgraue.» Auch in den Unterhaltungen der Frauen vor den Lebensmittelgeschäften waren die revolutionären Vorgänge in Russland ein wichtiges Thema. Daran knüpften sich Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges und eine grundlegende Verbesserung der eigenen Situation. «Die Vorgänge in Rußland scheinen ihre Wirkung auf die Masse nicht verfehlt zu haben», berichtete ein Polizeispitzel in Hamburg im April 1917, «denn an verschiedenen Stellen sind Äußerungen laut geworden: ‚Wir müssen es nur machen wie in Rußland, dann wird es auch bald anders werden.‘» Solche Äußerungen belegen, wie sehr sich die Erbitterung über die wirtschaftlichen Nöte inzwischen politisch aufgeladen und radikalisiert hatte.

Die Politisierung der Protestbewegung zeigte sich bereits im April 1917, als in Berlin, Leipzig und anderen Orten die Metallarbeiter die Arbeit niederlegten. Noch deutlicher wurde sie bei den Januarstreiks 1918 – der größten Massenaktion während des Krieges. Allein in Berlin, dem Zentrum der Bewegung, streikten Zehntausende von Rüstungsarbeitern; von hier aus sprang der Funke auf fast alle Industriestädte über. Am Nachmittag des 28. Januar wählten die Delegierten der bestreikten Berliner Betriebe, dem russischen Beispiel folgend, einen «Arbeiterrat», der sofort mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat. An der Spitze stand das Verlangen nach einem Frieden ohne Annexionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Weitere Forderungen lauteten: Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustands, Freilassung der politischen Gefangenen sowie «durchgreifende Demokratisierung aller Staatseinrichtungen in Deutschland», insbesondere die Abschaffung des reaktionären

preußischen Dreiklassenwahlrechts. Eindeutig rangierten also die politischen vor den wirtschaftlichen Streikzielen. Insofern hatte der preußische Minister des Innern, Wilhelm Drews, Recht, wenn er in seinem Bericht an Kaiser Wilhelm II. vom «ersten politischen Massenstreik in Deutschland» sprach. Militär- und Zivilbehörden reagierten überaus nervös. Die streikenden Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt, Versammlungen und Demonstrationen verboten, Gewerkschaftshäuser geschlossen, Zeitungen am Erscheinen gehindert, der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Das harte Vorgehen zeigte Wirkung. Im Laufe des 2. und 3. Februar 1918 wurde in fast allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen.

Der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg hat in seinem Buch über die Entstehung der Weimarer Republik die Januarstreiks als «Generalprobe für die Novemberrevolution» bezeichnet. Tatsächlich enthüllte diese Bewegung, wie brüchig die Fundamente des wilhelminischen Herrschaftssystems inzwischen waren. Eine junge Hamburger Sozialdemokratin zog Anfang Februar 1918 in einem Feldpostbrief Bilanz: «Es war ein gewaltiger Ruck, der durch unser aller Gefühl gegangen ist. Die Arbeiterschaft zog ihre Hand zurück von den Maschinen, die Waffen liefern, mit denen dieser Krieg geführt wird. Haß und Wut tobten sich bei denen aus, denen der Krieg noch etwas bringen soll ... Sie eiferten gegen die «Landesverräter» und mußten doch die Ruhe und Würde anerkennen, mit der die Arbeiterschaft ihren Willen kundtat ... Es waren die ersten züngelnden Flammen aus dem glimmenden Feuer.»

## 2. «Burgfriede» und Spaltung der Sozialdemokratie

Am 4. August 1914 stimmte die SPD im Reichstag der Bewilligung der Kriegskredite zu. Im Namen seiner Fraktion erklärte der Parteivorsitzende Hugo Haase: «Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.» Damit war besiegelt, was man damals «Burgfriede» nannte: die Stilllegung der innenpolitischen Konflikte im Namen einer neuen nationalen Einmütig-

keit. Die Gewerkschaftsleitungen folgten dem Votum der Partei und setzten in einer Parallelaktion die Unterstützung aller Streiks für die Dauer des Krieges aus.

So überraschend, wie es den meisten Zeitgenossen erschien, kam diese Wende nicht. Denn in den Jahrzehnten vor 1914 war die deutsche Sozialdemokratie, ungeachtet ihrer revolutionären Programmatik und ihrer klassenkämpferischen Rhetorik, allmählich in das gesellschaftliche System des Kaiserreichs hineingewachsen und hatte sich hier mehr und mehr eingerichtet. Dass sie sich im Verteidigungsfall nicht verweigern dürfe, und besonders dann nicht, wenn die vermeintliche Aggression vom verhassten zaristischen Russland ausging – das hatte schon der 1913 verstorbene charismatische Parteivorsitzende August Bebel erklärt, und diese Überzeugung war unter den Parteimitgliedern weit verbreitet. Eben darauf richtete sich die Strategie des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg in der Julikrise 1914: Russland musste unter allen Umständen in die Rolle des Angreifers manövriert, das Deutsche Reich als der scheinbar Angegriffene hingestellt werden. Nur dann, so glaubte man in der Reichsleitung, könnten die sozialdemokratischen Arbeitermassen für eine Unterstützung der Kriegsanstrengungen gewonnen werden.

Viele führende Sozialdemokraten verbanden freilich mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten die Erwartung, endlich die Hindernisse beseitigen zu können, die der politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung ihrer Partei bislang im Wege gestanden hatten. Ganz oben auf der Wunschliste stand die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und eine Erweiterung der Befugnisse des Reichstags, also die «Parlamentarisierung» der Reichsverfassung. Auch in der Reichsleitung war man sich bewusst, dass man für die bewiesene «patriotische Zuverlässigkeit» der Sozialdemokraten einen Preis würde zahlen müssen. Sie weiterhin als «vaterlandslose Gesellen» zu verteufeln und auszugrenzen, war jedenfalls nicht mehr möglich. Doch zugleich musste Bethmann Hollweg Rücksicht nehmen auf die konservativen Kräfte, vor allem in Preußen, die sich vehement gegen alle substanziellen innenpolitischen Reformen ausspra-



chen. Diese Kreise, so teilte der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, Arnold von Wahnschaffe, dem Kanzler bereits Ende Oktober 1914 mit, befürchteten ein «zu weites Entgegenkommen gegen demokratische Wünsche nach Friedensschluß».

Um den «Burgfrieden» zwischen den Parteien nicht zu gefährden, beschloss die Reichsleitung, die Frage der innenpolitischen «Neuorientierung» zunächst einmal auf die lange Bank zu schieben. Das brachte die SPD-Führung in eine missliche Lage. Wollte sie den am 4. August eingeschlagenen Kurs vor den eigenen Mitgliedern überzeugend vertreten, musste sie möglichst rasch Erfolge in der inneren Reformpolitik vorweisen. Je länger diese ausblieben, desto schwieriger wurde es für die Spitzen von SPD und Gewerkschaften, die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft über die zunehmenden Nöte des Kriegsalltags zu beschwichtigen. Das wiederum konnte sich jene Minderheit in der Sozialdemokratie zunutze machen, die mit dem Schwenk der Partei auf die Linie der «Burgfriedenspolitik» nicht einverstanden war.

Schon bald nach Kriegsbeginn hatte sich an vielen Orten die innerparteiliche Opposition zu formieren begonnen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Erkenntnis, dass die Reichsleitung die Öffentlichkeit im Juli 1914 über die wahren Ursachen des Krieges getäuscht hatte: Das Deutsche Reich musste sich also keineswegs einer feindlichen Aggression erwehren. «Es liegt ein großer deutsch-österreichischer Präventiv- und Eroberungskrieg vor», konstatierte Karl Liebknecht, der Sprecher der Linken, in einem Schreiben an den SPD-Parteivorstand Ende Oktober 1914. Allerdings setzte der in den ersten Tagen des Krieges proklamierte «Belagerungszustand» den Aktivitäten der Opposition von vornherein enge Grenzen. Die vollziehende Gewalt im Innern ging auf die Militärbefehlshaber der einzelnen Korpsbezirke, die sogenannten stellvertretenden kommandierenden Generale, über. Sie nutzten die weitreichenden Vollmachten aus, um das Vereins- und Versammlungsrecht weitgehend außer Kraft zu setzen und die Presse einer scharfen Zensur zu unterwerfen. In der Praxis richteten sich diese Maßnahmen vor allem gegen die oppositionelle Minderheit, während die kooperations-

bereitete Mehrheit sich schon bald der wohlwollenden Duldung durch Militär- und Zivilbehörden erfreute. Dieser doppelte Kurs staatlicher Repressionspolitik im Krieg bewirkte, dass der Kampf der auseinanderstrebenden Richtungen in der SPD um die Unterstützung der Mitgliedschaft unter sehr ungleichen Bedingungen geführt wurde.

Hinzu kam, dass die Mehrheit die Machtmittel des Apparats und die Verfügung über die Parteizeitungen rigoros nutzte, um die Kritiker der «Politik des 4. August» einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Die hohe Wertschätzung der Disziplin in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die ursprünglich dazu gedient hatte, die Reihen gegen die feindliche Außenwelt zu schließen, wurde nun zu einem Instrument der Disziplinierung nach innen, und dies umso nachdrücklicher, je heftiger sich der Protest gegen Massenverelendung und Kriegsverlängerung regte und die oppositionelle Minderheit an Boden gewann.

Innerhalb der sozialdemokratischen Kriegsopposition bildeten sich seit Frühjahr 1915 zwei Gruppierungen heraus: Die radikale Linke sammelte sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie nannte sich zunächst Gruppe Internationale, seit 1916 Spartakusgruppe (nach einer von ihr herausgegebenen illegalen Zeitschrift, die «Spartakusbriefe»). Besonders auf diese Gruppe hatten es Polizei- und Militärbehörden abgesehen. Rosa Luxemburg musste während des Krieges drei Jahre und vier Monate hinter Gittern zubringen. Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, wurde bald darauf eingezogen und kam als Armierungssoldat an die Ostfront. Nach einer von der Spartakusgruppe organisierten Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai 1916 wurde er verhaftet und zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Durch sein konsequentes Eintreten gegen den Krieg war er zum bestgehassten Politiker der herrschenden Kreise im wilhelminischen Deutschland geworden – und zum «populärsten Mann in den Schützengräben», wie Karl Kautsky, der SPD-Cheftheoretiker, im August 1916 schrieb. Wie Luxemburg und Liebknecht

erging es vielen radikalen Oppositionellen im Ersten Weltkrieg: Sie wurden kriminalisiert und verfolgt, eingesperrt oder zur Strafe an die Front abkommandiert. Und nicht selten halfen Denunziationen aus Kreisen der SPD und Gewerkschaften nach.

Weniger hart von der Verfolgung betroffen war ein gemäßigter Flügel um den Parteivorsitzenden Hugo Haase. Seine Anhänger lehnten ebenfalls die Politik des «Burgfriedens» ab, anders als die Spartakusgruppe und die mit ihr kooperierenden norddeutschen Linksradikalen um Johann Knief und dessen Zeitschrift «Arbeiterpolitik» schreckten sie jedoch vor der Propagierung von Massenstreiks als dem wirkungsvollsten Mittel zur revolutionären Beendigung des Krieges zurück. Stattdessen wollten sie weiterhin auch die parlamentarische Bühne nutzen, um ihren Widerstand gegen die Kriegspolitik zur Geltung zu bringen. Im März 1916 wurden 18 Abgeordnete der Minderheit, die sich der Kreditbewilligung verweigert hatten, aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen; unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) bildeten sie eine eigene Fraktion. Das war der Auftakt zur Spaltung der SPD. Besiegelt wurde sie, nachdem die SAG im Januar 1917 zu einer Sonderkonferenz nach Berlin aufgerufen hatte. Den Führungsgremien der SPD war damit eine Handhabe gegeben, um die Opposition endgültig aus der Partei herauszudrängen. Anfang April 1917 konstituierte sich in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Unter ihr «schützendes Dach» schlüpfte auch die Spartakusgruppe, während sich die Linksradikalen in Bremen und Hamburg, allerdings erfolglos, um den Aufbau einer eigenen revolutionären Partei bemühten.

In der USPD sammelten sich all jene Kräfte, die gegen eine Weiterführung des Krieges waren und eine Zusammenarbeit mit der Regierung strikt ablehnten. Für die hungernden, kriegsmüden Massen wurde die neue Partei zum Hoffnungsanker. Allerdings blieb ihr dort, wo die Mehrheitsrichtung stark und die politische Verfolgung intensiv war, der entscheidende Durchbruch bis Kriegsende noch versagt. In einigen Industrieregionen, vor allem in den Großbetrieben der Metallindustrie, konnte die USPD jedoch bereits vor 1918 Fuß fassen und sich als Alterna-

tive zur Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) profilieren. Das erklärt den Einfluss, den sie auf die Streikbewegungen des April 1917 und noch mehr auf die des Januar 1918 auszuüben in der Lage war.

Die Spaltung der größten und traditionsreichsten sozialdemokratischen Partei der II. Internationale im Krieg war von großer Bedeutung. Natürlich versuchte die Mehrheit die Verantwortung den «Quertreibern» von der Minderheit zuzuschieben; tatsächlich aber trug sie daran selbst die Hauptschuld. Denn statt den Dissidenten die Möglichkeit zu geben, ihren abweichenden Standpunkt im Rahmen der Organisation zu vertreten, hatte sie ausschließlich auf Repression gesetzt und alle Register der Disziplinierung gezogen. Gerade dadurch sorgte sie aufseiten der unterlegenen Minderheit für Erbitterung, ja für Hass. Die Vergiftung der Atmosphäre sollte im Verlauf der Revolution von 1918/19 eine nicht unwichtige Rolle spielen.